



HESSISCHER LANDTAG

27. 06. 2017

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Wahrung und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Hessen durch eine Vielzahl von Maßnahmen der Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein Anliegen von herausragender Bedeutung sind. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit, gewaltfrei und unbeschwert aufzuwachsen und sich zu entwickeln. Hierzu ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Durch die UN-Kinderrechtskonvention, der fast alle Staaten der Welt beigetreten sind, wurden bereits viele konkrete Schritte zu mehr Schutz für Kinder und Jugendliche umgesetzt. Gleichwohl stellt der Landtag fest, dass es immer noch einzelne Felder mit Handlungsbedarf gibt. Der Landtag bittet die Landesregierung, weiterhin konsequent für die Wahrung und die Förderung der Rechte und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen zu arbeiten.
2. Der Landtag begrüßt, dass in Hessen eine ehrenamtliche Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte berufen wurde. Damit wird eine zentrale Vereinbarung der UN-Kinderrechtskonvention erfüllt, eine strukturelle Stütze für die Wahrung der Kinderrechte zu schaffen. Die Beauftragte wird zentrale Ansprechpartnerin für Kinder und Jugendliche in Hessen rund um das Thema Kinderrechte sein und soll die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention landesweit bekannt machen und stärken. Außerdem wird sie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen eine hessische Kinderrechtecharta erarbeiten, in der deren Ansprüche und Rechte an die Landespolitik formuliert sein werden.
3. Der Landtag unterstützt die weiteren Aktivitäten der Landesregierung zur Wahrung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen und der Verwirklichung ihrer Rechte. Unter anderem setzt die Landesregierung Folgendes um:
 - Im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von null bis zehn Jahren werden unter anderem Fortbildungen für Fachkräfte und Lehrkräfte in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Lernorten zur Umsetzung von Kinderrechten angeboten.
 - Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird gefördert und unterstützt. Jährlich wird der Partizipationspreis "Jugend gestaltet Zukunft" verliehen und so besonders innovative Projekte unterstützt und für den weiteren Ausbau von Beteiligungsinstrumenten für Kinder und Jugendliche geworben.
 - Mit dem Aktionsprogramm "Gemeinsam Zukunft gestalten" werden bis 2019 Partizipationsprojekte in ganz Hessen mit bis zu 1,1 Mio. € insgesamt gefördert, um eine stärkere Teilhabe von Jugendlichen am demokratischen Leben zu ermöglichen.
 - Der Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt enthält außerdem weitere, zahlreiche Maßnahmen zur Wahrung von Kinderrechten: Zum Schutz vor Missbrauch fördert die Landesregierung mit dem Sozialbudget Beratungsstellen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt in allen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung. Allein dafür werden jährlich rund 1 Mio. € aufgewendet.
 - Schulen spielen beim Kampf gegen sexuellen Missbrauch eine unerlässliche Rolle, denn hier werden alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Die Landesregierung ist der Initiative des unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

der Bundesregierung, "Schule gegen sexuelle Gewalt", beigetreten. Außerdem wurde eine Studie zur Aufklärung des Dunkelfelds sexualisierter Gewalt bei Jugendlichen in Auftrag gegeben und weitere Maßnahmen ergriffen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 27. Juni 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn